

E-Mail-Newsletter

29. Oktober 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist unter Dach und Fach und enthält für den Asyl- und Flüchtlingsbereich nicht viel Überraschendes. Wir zeigen in diesem E-Mail-Newsletter die für den Flüchtlingsbereich wichtigen Passagen und geben einen Kommentar von Pro Asyl hierzu wieder.

Nicht vergessen wollen wir natürlich, Sie noch einmal auf unsere am 7. November in Stuttgart stattfindende Tagung im Gemeindehaus der Friedensgemeinde in Stuttgart aufmerksam zu machen und Sie um Ihre Anmeldung zu bitten.

Die Themen im Einzelnen:

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 7.11.2009 in Stuttgart

Bitte melden Sie sich möglichst umgehend an, falls Sie das noch nicht getan haben!

2. Abschiebungen I: Recherchebericht über das Schicksal Abgeschobener im Kosovo

Der Bericht ist das Ergebnis einer Reise von Stephan Dünnwald, der im August abgeschobene Personen im Kosovo besucht und befragt hat. Das deutliche Ergebnis der Recherche: Abschiebungen ins Kosovo sind unverantwortlich! Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei haben sich Mitte des Jahres noch über 14.000 ausreisepflichtige Menschen aus dem Kosovo in Deutschland aufgehalten.

Auch aus Baden-Württemberg werden seit einiger Zeit ausreisepflichtige Roma abgeschoben!

3. Abschiebungen II: Abgeschobene Flüchtlinge aus Syrien landen in syrischen Gefängnissen

Pro Asyl fordert deshalb einen Abschiebestopp

4. "Bis auf Weiteres" keine Rücküberstellungen aus Baden-Württemberg nach Griechenland

Baden-Württemberg hat per Weisung an die Regierungspräsidien die Rücküberstellung von Flüchtlingen nach Griechenland gestoppt und ist damit weiter als die meisten anderen Bundesländer. Dem vorausgegangen waren mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die Bundesregierung hält dennoch bislang an der bisherigen Praxis fest.

5. Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: Passagen zum Thema "Flüchtlinge"

Das Werk, das den drei Regierungsparteien als Grundlage für die Arbeit der nächsten vier Jahre dient, enthält auch einige wenige Zeilen zum Thema "Flüchtlinge". Pro Asyl kritisiert in einer Presseerklärung fehlende Vorschläge für verschiedene drängende Probleme.

6. Auslaufen der Altfallregelung - was tun?

Ein aktuelles Pro Asyl-Papier gibt hierzu Tipps.

7. Flüchtlingslager auf Lampedusa wird geschlossen

Flüchtlinge schaffen es nicht mehr auf die kleine italienische Mittelmeerinsel, seit das Abkommen zwischen Italien und Libyen abgeschlossen wurde.

8. Termine

Mit herzlichem Gruß
Ihr Reiner Klass

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 7.11.2009 in Stuttgart

Nur noch wenige Tage bis zu unserer nächsten Tagung in Stuttgart. Morgens können Sie sich in verschiedenen Arbeitsgruppen über die Themen "Roma im Kosovo" (Karsten Lühke, Rechtsanwalt und ehemaliger Repatriation Advisor der UNMIK, Berlin), die medizinische Behandlung illegalisierter Flüchtlinge (Alexander Baur, Malteser Migranten Medizin, Stuttgart) sowie über Neues von der Bleiberechtsregelung (Manfred Weidmann, Rechtsanwalt und Mitglied des Sprecherrates, Tübingen) informieren. Für den Nachmittag konnten wir den Europareferenten von Pro Asyl, Karl Kopp, gewinnen, der uns über die Dublin II-Verordnung informieren wird.

Wir bitten Sie um Ihre umgehende Anmeldung: Telefonisch (0711 5532834), per Post, Fax, Mail oder über die [Website des Flüchtlingsrates](#). Bitte teilen Sie uns in Ihrer Anmeldung mit, an welcher AG Sie teilnehmen wollen und ob Sie ein Mittagessen wünschen.

2. Abschiebungen I: Recherchebericht über das Schicksal Abgeschobener im Kosovo

Der Bericht ist das Ergebnis einer Reise von Dr. Stephan Dünwald, der im August abgeschobene Personen im Kosovo besucht und befragt hat. Das deutliche Ergebnis der Recherche: Abschiebungen ins Kosovo sind unverantwortlich! Die Sicherheitslage für Roma und andere Minderheiten sei weiterhin nicht als stabil einzuschätzen. Zudem seien Roma durch die ohnehin extrem prekäre Arbeitsmarktlage aufgrund der weiter bestehenden massiven Diskriminierung bei der Arbeitssuchen chancenlos, und auch die Unterbringungsproblematik ist nach wie vor ungelöst. Minderheiten würden im Lagebericht des Auswärtigen Amtes nur am Rande in Allgemeinplätzen berücksichtigt.

Zur gesamten [Pro Asyl-Presseerklärung vom 15.10.2009](#).

Zum Bericht "[Zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo](#)". Der Bericht kann in Kürze auch per Post über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates B.-W. bezogen werden.

Lt. der [Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei vom 12.10.](#) hielten sich Mitte des Jahres noch über 14.000 ausreisepflichtige Menschen aus dem Kosovo in Deutschland auf, darunter 9.842 Roma und 1.755 Ashkali. Seit 1999 sind nach diesen Angaben 92.240 Menschen "freiwillig" ins Kosovo zurückgekehrt, 21.852 Personen wurden abgeschoben.

In der Antwort verweist die Bundesregierung außerdem darauf, dass mit der Republik Kosovo derzeit noch der Text des bilateralen Rückübernahmeabkommens abschließend verhandelt werde. Zwar ist das Dokument nach wie vor nicht unterzeichnet, dennoch finden bereits - auch aus Baden-Württemberg, dort zumeist am frühen Dienstagmorgen über den Baden-Airpark in Söllingen - Abschiebungen auch von ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen der Roma statt! Im Einzelfall sollten von einer Abschiebung gefährdete Flüchtlinge ihre/n Anwalt/Anwältin aufsuchen. (Vgl. hierzu auch die [Pressemitteilung des Bundestages vom 19. Oktober](#).)

Das Thema "Abschiebung von Minderheiten-Angehörigen ins Kosovo" wird eines der Themen sein, die uns in den nächsten Monaten beschäftigen werden. Damit wir als Landesflüchtlingsrat fundiert und aussagekräftig das Thema an die Öffentlichkeit bringen können, ist es notwendig, auch aus Baden-Württemberg Einzelfälle zu dokumentieren, die hier, trotz jahrelanger Integrationsbemühungen massiv abschiebegefährdet sind.

Wir möchten Sie deshalb bitten, uns entsprechende Kurzdarstellungen von Einzelfällen zuzusenden.

Für die Kurzdarstellungen benötigen wir möglichst ausführliche Informationen zum Fall (wie z. B. Familiensituation, Einreisedatum, "Integration", Lebensunterhaltssicherung, was problematisch bei öffentlicher Darstellung sein könnte, etc.). Außerdem sollten wir das schriftliche Einverständnis der Betroffenen zur Veröffentlichung ihres Falles vorliegen haben.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart. Vielen Dank!

3. Abschiebungen II: Abgeschobene Flüchtlinge aus Syrien landen in syrischen Gefängnissen

In den letzten Wochen sind mehrere Fälle bekannt geworden, wonach Flüchtlinge, die nach Syrien abgeschoben wurden, anschließend inhaftiert worden sind. Pro Asyl forderte deshalb in einer Pressemitteilung am 20. Oktober, das seit einigen Monaten existierende Rückübernahmeabkommen auszusetzen:

"Erneut ist eine aus Deutschland abgeschobene syrische Familie in Syrien nach der Ankunft inhaftiert worden. Abgeschoben wurden am Donnerstag, dem 8. Oktober 2009, nach achtjährigem Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen fünf Mitglieder der Familie C. Die Organisation Kurdwatch geht nach einer Recherche davon aus, dass sich die Familie weiterhin in Haft befindet. Binnen weniger Wochen landen damit zum wiederholten Mal Abgeschobene in den Haftanstalten des Regimes, das berüchtigt ist für seinen brutalen Umgang mit Menschen, die in den Augen der syrischen Geheimdienste auch nur als verdächtig erscheinen. Willkürliche Verhaftungen, Inhaftierungen ohne Anklage, Verschwindenlassen und systematische Folter sind syrischer Alltag.

Bislang ist bekannt, dass ein 31-jähriger Kurde Anfang September 2009 nach seiner Abschiebung aus Frankfurt am Main vom Geheimdienst einbestellt wurde und anschließend mehrere Wochen verschwunden war. Dem Inhaftierten wird in der Anklage die Verbreitung "falscher Informationen" über Syrien im Ausland (§ 287 syrisches StGB) vorgeworfen.

Im August war eine schwangere Frau aus Niedersachsen abgeschoben, noch am Flughafen verhaftet und später freigelassen worden. Anwälte berichten über weitere Fälle, in denen Inhaftierte nur durch die Zahlung erheblicher Geldsummen "freigekauft" werden konnten.

PRO ASYL fordert die neue Bundesregierung deshalb auf, das im Juli 2008 Rückübernahmeabkommen auszusetzen und einen Abschiebestopp nach Syrien zu verhängen. Die Schicksale der bislang Abgeschobenen müssen aufgeklärt werden.

Das Verwaltungsgericht Osnabrück hat am 7. Oktober 2009 in einem Eilverfahren die Abschiebung eines Syrers untersagt. Im Beschluss heißt es: "Der Antragsteller hat unter Bezugnahme auf die Schicksale der syrischen Kurden S.H. und A. und unter Beweistritt konkret dargelegt, dass kurdischen Rückkehrern nach Syrien seit Inkrafttreten des syrisch-deutschen Rückführungsübereinkommens zu Beginn dieses Jahres nicht nur die im Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 9. Juli 2009 (Seite 24) beschriebene mehrstündige Befragung durch den syrischen Geheimdienst oder eine selten länger als zwei Wochen dauernde Identitätsprüfung durch die Einreisebehörde drohen kann, sondern auch eine mehrmonatige Inhaftierung, körperliche Misshandlung und während der Befragung bzw. Inhaftierung durch Angehörige des syrischen Geheimdienstes und menschenunwürdige, erniedrigende Haftbedingungen für die Rückgeführten, der bzw. denen sich die Rückgeführten nur durch Zahlung eines Lösegeldes seitens der Familienangehörigen entziehen konnten."

Dem Auswärtigen Amt liegen laut aktuellem Lagebericht bisher noch keine Erfahrungswerte zur Umsetzung des Rückführungsübereinkommens vor, das auch die Abschiebungen von Staatenlosen ermöglicht. Es ist aber ohnehin kaum denkbar, dass das syrische Folterregime deutschem Botschaftspersonal den ungehinderten Zutritt zu seinen Haftanstalten gewährt. Die Gefahr für die Abgeschobenen droht im übrigen keineswegs nur auf dem Flughafen, sondern auch später.

4. "Bis auf Weiteres" keine Rücküberstellungen aus Baden-Württemberg nach Griechenland

Baden-Württemberg hat per Weisung die Rücküberstellung von Flüchtlingen nach Griechenland gestoppt und hat damit schärfer auf verschiedene Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes reagiert als die meisten anderen Bundesländer. Das Bundesverfassungsgericht hatte unlängst verschiedene anstehende Rücküberstellungen gestoppt, und selbst der ehemalige Bundesinnenminister Schäuble hat Griechenland beim Treffen der EU-Justiz- und Innenminister im September für seinen Umgang mit Flüchtlingen kritisiert

(vgl. z. B. Artikel bei Reuters: ["EU-Kritik an Griechenlands Flüchtlingspolitik nimmt zu"](#) vom 21.09.). Die Bundesregierung hält dennoch bislang an der bisherigen Praxis fest. Dies geht aus ihrer [Antwort](#) auf eine [Anfrage](#) der Fraktion die Linke hervor.

5. Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: Passagen zum Thema "Flüchtlinge"

Das Werk, das den drei Regierungsparteien als Grundlage für die Arbeit der nächsten vier Jahre dient, enthält auch einige wenige Zeilen zum Thema "Flüchtlinge", die allerdings viele Fragen offen lassen. So wird z. B. die Frage, was mit Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, aber nicht unter die Bleiberechtsregelung fallen, passieren soll, offengelassen und mit einem "es besteht Handlungsbedarf" vage beantwortet. Zudem sollen das Sachleistungsprinzip überprüft, eine Visa-Warndatei eingeführt und die Abschiebehaftbedingungen evaluiert werden (vgl. [Zusammenfassung des Hessischen Flüchtlingsrats](#)). Den gesamten [Entwurf des Koalitionsvertrages](#) finden Sie auf der Website der Bundes-CDU.

Pro Asyl sprach in einer [Presseerklärung am 24. Oktober](#) spontan von einem "eiskalten Winter für Flüchtlinge" angesichts der wenig konkreten Ankündigungen zur Flüchtlingspolitik. Für das Problem der Kettenduldung sei keine Lösung vorgesehen, langjährig Geduldete müssten nach wie vor mit ihrer Abschiebung rechnen. Das Sachleistungsprinzip soll zwar überprüft werden, aber das Ergebnis dieser Prüfung könne nur die Abschaffung des menschenunwürdigen Prinzips sein. Auch beim Thema Residenzpflicht bleibt der Vertrag sehr zurückhaltend: Diese sollte, so Marei Pelzer von Pro Asyl, nicht nur eingeschränkt, sondern komplett abgeschafft werden.

6. Auslaufen der Altfallregelung - was tun?

Zwar hat die neue Bundesregierung angekündigt, eine Regelung für die Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung zu finden (s. o.). Allerdings wird sich das hinziehen: Vor der nächsten Innenministerkonferenz Anfang Dezember ist nicht mit einer Entscheidung zu rechnen, wie es mit den Flüchtlingen weitergeht, bei denen die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung ansteht, die aber bislang keine Arbeit gefunden haben, die ihren Lebensunterhalt sichert. Damit besteht die Gefahr, dass es für die Betroffenen bis kurz vor Jahresende ungewiss bleibt, wie es weitergehen wird. Für den Fall, dass trotz der Absichtserklärung keine Änderung oder Verlängerung der Altfallregelung beschlossen wird, kommt es auf eine gute Beratung an, damit zumindest die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Mit dem angefügten [Beratungsflyer](#) von Pro Asyl soll ein grober Überblick gegeben werden, welche Anträge gestellt werden können. Beachten Sie, dass der Flyer eine individuelle Rechtsberatung nicht ersetzen kann.

7. Flüchtlingslager auf Lampedusa wird gesperrt

Das Auffanglager im italienischen Lampedusa, das international wegen der Tausenden von Flüchtlingen bekannt geworden ist, wird geschlossen. Nach dem Inkrafttreten eines Abschiebeabkommens zwischen Italien und Libyen zur Bekämpfung der illegalen Migration im Mai sind keine Flüchtlinge mehr auf der 20 Quadratkilometer großen Insel zwischen Sizilien und Tunesien gelandet.

Aus diesem Grund beschloss die Regierung Berlusconi die Schließung des Auffanglagers, 55 Personen verlieren ihren Job, berichtete die römische Tageszeitung "La Repubblica" am Donnerstag.

Über 20.000 Flüchtlinge hatten 2008 die Insel Lampedusa erreicht. Die Zahl der Migrantinnen, die nach gefährlichen Überfahrten nach Lampedusa gelangten, hatte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 mehr als verdoppelt. Die "Clandestini", die Heimlichen, wie in Italien die illegalen Immigrantinnen bezeichnet werden, kamen nach ihrer Ankunft auf Lampedusa ins Auffanglager der Insel. Das Lager befindet sich hinter dem Hauptdorf in einer schmalen Schlucht, umgeben von meterhohem Stacheldraht. Keiner darf ohne Genehmigung hinein und erst recht nicht hinaus. Das Flüchtlingslager war erst im vergangenen Jahr ausgebaut worden.

Wegen des Abschiebeabkommens, das Italien mit Libyen abgeschlossen hat, ging die Zahl der Flüchtlinge,

die Süditalien über das Meer erreichten, in den ersten acht Monaten des Jahres 2009 gegenüber dem Vorjahr um 57 Prozent zurück. Italien habe seit Jahresbeginn 1.216 Personen nach Libyen abgeschoben, berichteten italienische Medien. Die Zahl der in Italien eingereichten Asylanträge sank gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um zwölf Prozent.

(Quelle: www.kleinezeitung.at, 29.10.2009)

8. Termine

Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

07.11.2009 (siehe auch Punkt 1 dieses Newsletters)

15.-16.01.2010, Ev. Akademie Bad Boll: Zwischen Willkommen heißen und Ausgrenzen. Irakische Kontingentflüchtlinge - Geduldete Menschen ohne Aufenthaltspapiere. Tagung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Ev. Akademie Bad Boll und dem Diakonischen Werk Württemberg. [Weitere Informationen](#)

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg:Höchste Zeit, Veranstaltungen für den Herbst und Winter zu planen. Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg:

29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung "Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld." [Weitere Informationen](#)

11.-13.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Positive Entwicklungen in der Türkei - Die Situation der kurdischen Bevölkerung. [Weitere Informationen](#)

5.12.2009, Freiburg: Demonstration gegen Abschiebungen der "Aktion Bleiberecht". [Weitere Informationen](#)

Sonstige Termine, bundesweit:

08.-18.11. 2009: Ökumenische Friedensdekade: "Mauern überwinden". [Weitere Informationen](#)

29.-30.10.2009: Fachtagung "Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung". Köln, Fachhochschule, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat. [Weitere Informationen](#)

19.-20.11.2009: II. Symposium 20 Jahre Kinderrechtskonvention. Flüchtlingsschutz gewähren - Jugendhilfe garantieren. Berlin, Werkstatt der Kulturen. [Weitere Informationen](#)

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen" und [Terre des Femmes-Fahnenaktion](#).

2.-5.12.2009: Innenministerkonferenz und JOG Konferenz 2009: Wie in jedem Jahr wird die Konferenz der Jugendlichen ohne Grenzen auch diesmal parallel zur Winterkonferenz der Innenminister stattfinden. Mehr Infos über das Programm unter www.jogspace.net.

20.11.2009: Tag der Kinderrechte; 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

04.12.2009: Innenministerkonferenz in Bremen

10.12.2009: Tag der Menschenrechte

01.01.2010: Fünf Jahre Zuwanderungsgesetz

27.01.2010: Holocaust-Gedenktag

08.03.2010: Weltfrauentag